

11./IV. 1917

162

Zur Ablieferung der Türklinen. In den letzten Tagen begab sich eine Abordnung des Zentralverbandes der Hausbesitzervereine, bestehend aus den Herren Oberbaurat *Dr. Grünbed*, *Dr. Roth*, *Alexander Purjcht* und *Wilhelm Schösig* zum Landesverteidigungsminister *Generaloberst v. Georgi* und zum Minister für öffentliche Arbeiten *Ernst* und überreichten eine Eingabe, worin die Hausbesitzerschaft ihre Stellungnahme und Forderung zu der Beschlagnahme der Türklinen und Türbeschläge bekannt gab. *Dr. Roth* erörterte in eingehender Weise, daß der Hausbesitzerstand der einzige Stand sei, welcher keine Kriegsgewinne erzielt, hingegen während des Krieges am meisten Kosten

zu tragen habe. Die sehr traurige finanzielle Lage des Realbesitzes erhelle am besten aus der Tatsache, daß eine große Anzahl von Hausbesitzern kein einkommensteuerpflichtiges Einkommen mehr habe und deren Familien nach ihrer Einberufung, da ihr Unterhalt gefährdet sei, Unterhaltsbeiträge beziehen. Da die neuerliche Metallabgabe-Berordnung, welche sich auf den Austausch der massiven Messingklinen und Türbeschläge gegen minderwertige eiserne Klinen und Beschläge bezieht, eine schwere Verschärfung der Kriegszeitungs-pflicht beinhaltet — wird daher das Ansuchen gestellt: Wenn der Wert der Ersatzklinen und Beschläge nicht den Wert der requirierten Bestandteile erreicht, die Differenz des Wertunterschiedes in Barem zu vergüten; als Ersatzklinke soll nur die massive polierte Eisenklinke verwendet werden, und zwar Klinke und Türbeschläge vermessen poliert; die Auswechslung soll nur von Fachleuten, wegen Vermeidung von Schäden durchgeführt werden. Die Zuweisung dieser Arbeit soll nur dem einschlägigen Gewerbe zugewiesen werden, nicht etwa einem Kriegsspekulanten, welcher auf Kosten der Hausbesitzer und zum Schaden der Gewerbetreibenden sich ein Vermögen ermuethert. Verzinkte Klinen, welche nicht gleichwertig ersetzt werden können, verfallen nicht der Requirierung. Die Türknöpfe sollen aus Horn oder Holz hergestellt werden. Die beiden Minister haben zugesagt, die vorgebrachten Wünsche nach Möglichkeit zu berücksichtigen.